

Bezugspreis:

Bestellbetrag 30.- M., monatlich 3.- M., für ein Jahr 36.- M., ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin.

Arbeiter

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Komplexanzeigen ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 14. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Entscheidung der Eisenbahner.

Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat in den beiden letzten Tagen in Berlin Verhandlungen abgehalten, als deren Ergebnis folgendes mitgeteilt wird:

Die am 12. und 13. Dezember in Berlin tagende Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklart nach eingehender Aussprache über den Stand der Lohn- und Gehaltsfragen, daß die erfolgte geringe Aufbesserung der Linderzulagen für die Beamten den bestehenden Lernerungsverhältnissen keineswegs Rechnung trägt.

Der Deutsche Eisenbahnerverband stellt sich damit ungeschieht auf denselben Standpunkt wie der Deutsche Beamtenbund. Es ist jetzt die Aufgabe, in Verhandlungen zu erreichen, daß die dringendsten Forderungen erfüllt werden.

Deutschlands Zahlungsunvermögen.

WAZ verbreitet folgende Meldung:

Ein Wiener Blatt verbreitet eine angeblich aus Finanzkreisen stammende Nachricht, wonach behauptet wird, daß Deutschland sich bei den Auslandsdienstleistern für zahlungsunfähig erklärt hätte.

Nach dem Artikel 296 des Vertrages von Versailles sind die zwischen Deutschen und Entente-Mächten aus der Zeit vor dem Kriege stehenden Schulden durch Vermittlung von Briten und Amerikanern gegenseitig aufzurechnen.

Berlin, 13. Dezember. (WAZ.) Zu der Frage der Ausgleichszahlungen schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Das Vorgehen der deutschen Regierung findet im Friedensvertrag seine Stütze.

Es bleibt abzuwarten, wie sich das Ausland mit dieser harten Tatsache abfinden wird.

Neue Note über Eupen und Malmedy.

Die deutsche Regierung hat eine neue Note an den Völkerbund in der Frage von Eupen und Malmedy gerichtet, mit dem Ersuchen, sie der Bundesversammlung vorzulegen.

die Entscheidung des Völkerbundes auf unzutreffende Voraussetzungen beruht. Es wird noch einmal bewiesen, daß die Freiheit der Stimmgabe tatsächlich beeinträchtigt worden ist.

Die Reichsregierung kann aus diesen Gründen den Beschluß des Rates nicht anerkennen.

Die Note erinnert daran, daß der Völkerbund ausdrücklich erklärt hat, daß keine Entscheidung anders lauten müsse, wenn bewiesen werde, daß das Ergebnis der Volksbefragung durch Einschüchterung und Druckmittel, Amtsmißbrauch und Bedrohungen bestimmt worden sei.

Die Reichsregierung erwartet daher, daß die rechts- und verfassungswidrige Abstimmung für ungültig erklärt und eine neue wahrhaft freie Willensäußerung veranstaltet wird.

Ein „unparteiisches“ Sekretariat.

Berlin, 13. Dezember. (WAZ.) Das Generalsekretariat des Völkerbundes überreichte heute den Völkerbundsmitgliedern die deutsche Note in Eupen und Malmedy.

Kein obligatorisches Schiedsgericht!

„Der Geist des Junkers“.

Die gestrige Vollversammlung des Völkerbundes befaßte sich mit der Frage des internationalen Schiedsgerichts Hofes. Da in der Kommission der obligatorische Charakter der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit nicht durchgedrungen war, infolge des Widerstandes der Großmächte.

„Bei solchen Argumenten glaubt man in diesem Saale den Geist des Junkers“

zu verspüren, der auf der Haager Konferenz ebenfalls gegen den Fortschritt kämpfte.“

Die Arbeitermassen, Mütter und Witwen wollten nichts mehr vom Geiste wissen.

Sie hätten gehofft, daß der Völkerbund durch Schaffung eines obligatorischen Schiedsgerichtes dem brutalen Kampf der Macht ein Ende setze.

Dagerud (Norwegen) erklärte als Berichterstatter bescheiden, daß er überzeugt sei, der Gerichtshof würde sich schließlich zu einer obligatorischen Einrichtung entwickeln.

Bourgeois bespricht sehr energisch, daß man nicht weiterkommen sei, als in Haag. Schließlich wurde der Entwurf unter lebhaftem Beifall angenommen.

Die russischen Konzessionen.

Zum erstenmal seit dem Bestand der Sowjetherrschaft wird in der russischen Presse über eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung eine erregte Debatte geführt, die zu unterbinden auch die bolschewistische Zensur nicht stark genug ist.

Bei der Erteilung dieser Konzessionen machte die russische Regierung das Zugeständnis, daß der Konzessionsinhaber, d. h. also die ausländische privatkapitalistische Aktiengesellschaft, für einen Teil ihrer Ausbeute Ausführungsgenehmigung erhält.

Wenn sich in russisch-bolschewistischen Kreisen eine erregte Opposition gegen dieses Dekret bemerkbar macht, so begriff man das am Ende. So teilt die „Krasnaja Arzjata“ mit, daß Lenin kürzlich in einer Versammlung 65 Anträge erhalten habe, wie es möglich sei, daß die Kapitalisten wieder in das Land hereingelassen würden.

Die russische Wirtschaftspolitik ist also glücklich wieder da angelangt, wo die allgemeine europäische in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts aufgehört hat.

Der Unterschied zwischen Vergangenheit und Zukunft besteht nur darin, daß die kaiserlich-konzessionierten Gesellschaften sich schon zum großen Teil in Sünden russischer Staatsbürger befanden, während jetzt der Kapitalismus auf ausländischer Grundlage neu aufgebaut werden soll.

Rußland ist heute ein weites Agrarland, in neun Zehnteln seiner Wirtschaft, eben auf dem Rande, herrscht die reine Privatwirtschaft. Den Kampf gegen den „antifolkelivistischen Bauernschädel“ hat die Sowjetregierung nicht aufzunehmen gewagt.













